

DIREKTE AKTION MÜNCHEN

FAU IAA
Anarchosyndikalistische
Zeitung

1. Mai 2007
5. Jahrgang

KOSTENLOS

I
N
H
A
L
T

Betrieb & Gesellschaft

Wir lassen uns nicht länger spalten!1
Kostenfalle
Bewerbungen3
Projekt: Schnauze voll! ...7
Werksverträge - oder:
Der legale transnationale
Sklavenhandel..... 8

Bildung

Wir fordern nicht 8,
sondern 0 Jahre10

Geschichte

Die schwarzen
Scharen12

Kultur

Von der Subkultur
zur Antikultur15

**Revolutionäre 1.Mai-
Demo**
Beginn: 13 Uhr am Stachus

Internationales 1.Mai Fest
von 15 bis 22 Uhr
in der Zenettistrasse/Ecke
Thalkirchenerstrasse
mit Essen, Getraenke, Filme,
Infostaenden, Livemusik etc.

ARBEITERINNEN, UNTERSCHICHT ODER PREKARIAT

wir lassen uns nicht
länger spalten!

Seit ein paar Monaten haben die aufgeschreckten bürgerlichen Medien eine „neues“ Thema entdeckt:

Die Armut. Sie nimmt in Europa bzw. Deutschland ständig zu und eine aktuelle EU-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass jede/r



Fünfte in Europa arm oder armutsgefährdet ist. Der neoliberale Umbau der kapitalistischen Gesellschaften führt zu einer rasanten Zunahme der Armut, wobei auch in Deutschland Millionen von Menschen an den Rand gedrückt werden. Im Kapitalismus gab und gibt es immer eine große Kluft zwischen Arm und Reich, neu ist momentan jedoch die Heftigkeit der Klassenangriffe von oben. Dies führt dazu, dass sich vor unseren Augen die

lieren dabei immer mehr an Einfluss, an Einkommen, an gesellschaftlicher Bedeutung und nicht zuletzt an zahlenmäßiger Menge. Dazu beigetragen hat nicht nur die rotgrüne und die aktuelle Regierung, sondern ebenso das viel zu

defensive Verhalten der DGB-Gewerkschaften. Die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftselite, mit ihrem Geschwafel von Volkspartei und sozialpartnerschaftlicher Verantwortung, hat verhindert, dass die Klasse für ihre eigenen Interessen offensiv kämpft. Nun, da viele Leute immer mehr in Armut abrutschen, geben sie der Unterschicht selbst schuld an ihrem Schicksal. Ähnlich wie das Bürgertum – mit seinem überheblichen Blick auf die proletarischen Schichten – kritisieren die SozialdemokratInnen die Lebensgewohnheiten der

**Klasse neu
zusammensetzt.**

Die ArbeiterInnen ver-



armen Bevölkerung, anstatt die kapitalistischen Verhältnisse – die Menschen in die Armut stürzen – ins Visier zu nehmen. Von sozialdemokratischer Seite wird bezeichnenderweise kaum noch die Frage nach bezahlbaren Wohnungen, Essen oder kulturellen Aktivitäten gestellt. Die SPD beklagt also nicht mehr

die sozialen Ungerechtigkeiten

(wie eine mangelhafte Verteilungsgerechtigkeit) sondern gibt den Angehörigen der armen Schichten die Schuld an ihrer Lage. Wie zum Spott mahnen sozialdemokratische SpitzenpolitikerInnen die ALG II-BezieherInnen, nicht alles zu beantragen, was ihnen zusteht! Dazu passt dann auch die öffentliche Erklärung der SPD, dass sie die Partei der „Leistungsträger“ sei und die Unterschicht nicht zu ihrer Klientel gehöre. Dabei sind die unsicheren (prekären) Arbeitsverhältnisse

längst ein alltägliches Phänomen auf dem Arbeitsmarkt und betreffen rund ein Drittel aller Beschäftigten. Der Niedriglohnsektor wird ständig ausgebaut und den DGB-Gewerkschaften fällt dazu nur ein, die unsichere Beschäftigung (Prekariat) als Konkurrenz zu den Normalarbeitsverhältnissen zu sehen. Zusätzlich gibt es mittlerweile viele Beschäftigte, die trotz regelmäßiger Arbeit arm sind. Mehr als ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten gelten als GeringverdienerInnen und etwa 2,6 Mio abhängig Beschäftigte arbeiten sogar für Armutslöhne. Dies sind Löhne, die unter 50 Prozent der Durchschnittslöhne liegen. Typische Branchen für GeringverdienerInnen sind die Gastronomie, haushaltsbezogene Dienstleistungen und der Einzelhandel, wobei der Anteil der Frauen mit 70 Prozent extrem hoch ist. Die DGB-Gewerkschaften verhindern durch ihre Tarifpolitik diese Entwicklungen nicht, sondern

haben stattdessen den

Einbruch des Niedriglohnsektors

in weite Teile der Normalarbeitsverhältnisse eher gefördert. Zusätzlich hat es der DGB hingenommen, dass die Reallöhne in Deutschland seit 1990 nicht mehr gestiegen sind.

Was wir also zur Zeit beobachten können, ist die Spaltung der Klasse in viele unterschiedliche Teile, wobei zahlreiche Menschen in besonders ausgebeutete Gruppen abgedrängt werden:

6 Millionen arbeiten für Stundenlöhne unter der Niedriglohnschwelle, die in Westdeutschland bei 9,83 Euro und in Ostdeutschland bei 7,15 Euro liegt.

10,6 Millionen leben von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (856 Euro).

1 – 2 Millionen gelten als „abgehängtes Prekariat“,



TRANSPORTDIENST
Christian Luppatsch

Umzüge
Kunsttransporte
Lagerungen

Tel 50 3000 - Fax 500 47 51
Handy 0172/863 96 96
Tübingerstr. 10 - 80686 München
www.transportdienst.de



weltwirtschaft
cafe bar restaurant

Schwanthalerstr. 80
U4/U5 Theresienwiese

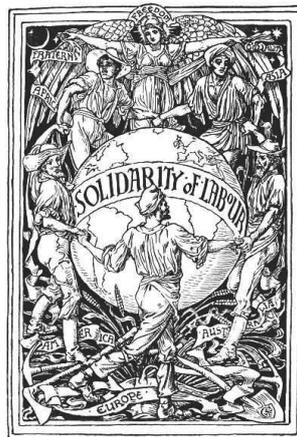
also als Menschen die dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben.

Alle diese sozialen Unterschichten, egal ob „Überflüssige“, „Abgehängte“, 1-Euro-JobberInnen, „working poor“, prekär Beschäftigte oder PraktikantInnen werden nicht nur in Armut abgedrängt, sondern durch finanzielle Ungleichheiten von gesellschaftlicher Teilhabe ferngehalten. Aus der Einsicht ihrer Chancenlosigkeit resultiert eine Verweigerungshaltung bzw. ein eigener Lebensstil, der das Bürgertum in Angst vor dieser Unterklasse versetzt. Für Klassenbewusste hingegen können die Angehörigen des Prekariats keine „abgehängten“ Menschen sein, sondern ein selbstverständlicher

Teil der unterdrückten Klasse.

Das gleiche gilt für die besonders hart betroffenen Flüchtlinge und MigrantInnen. Die zahlreichen Spaltungen in der ArbeiterInnenklasse, verstärkt und vertieft durch die Reformpolitik der bürgerlichen Re-

gierungen, müssen überwunden werden. Dies bedeutet, wir müssen die Klasse wieder politisch zusammenfügen, indem wir auf das gemeinsame ihrer Lage hinweisen: Alle unterliegen dem Arbeitszwang und werden um den Mehrwert ihrer Arbeit betrogen. Dazu gehört jedoch auch, die linksradikale Szene dafür zu kritisieren, dass sie die Ablehnung der Lohnarbeit mit der Ablehnung von



LABOUR'S 'PLAY DAY'
DEDICATED TO THE WORKERS OF THE WORLD

ArbeiterInnen gleichsetzt. Allgemein gilt es den Hoffnungen, die in einen wirtschaftlichen Aufschwung gelegt werden, entgegen zu treten. Mit der Aussicht und der Vertröstung auf bessere Zeiten, wird nur verwischt, dass es den Bossen und Besitzenden immer gut geht. Selbst ein konjunktureller Aufschwung kommt bei weitem nicht

allen Lohnabhängigen zu gute und die Lohnschere geht immer weiter auseinander, denn am Ende der Lohnskala, vor allem bei den Ungelernten sollen die Löhne weiter sinken.

Die proletarische Klasse in all ihren Bestandteilen kann nur gewinnen, wenn sie gemeinsam und solidarisch handelt. Dazu gehört der Kampf gegen das Konkurrenzdenken unter KollegInnen, aber auch gegenüber Erwerbslosen. Nur Solidarität und Zusammenhalt untereinander gegen die Chefs und PolitikerInnen hilft uns weiter. Als konkrete Gegenwehr gegen die Angriffe von oben bietet sich das Krankfeiern, Sabotieren und Aneignen von Firmeneigentum an.

Lassen wir uns vor allem nicht mehr länger spalten, denn egal ob Vollzeitbeschäftigte/r, LeiharbeiterIn, GeringverdienerIn, Erwerbslose/r, Flüchtling, RentnerIn oder (unbezahlte/r) PraktikantIn, wir gehören alle zur unterdrückten und ausgebeuteten Klasse!

Roman
(Allgemeines Syndikat)

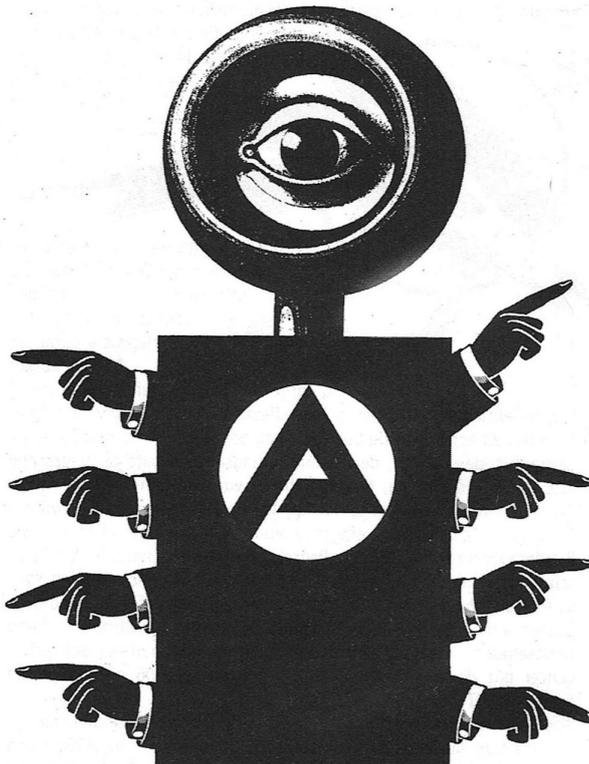


KOSTENFALLE BEWERBUNGEN

Normalerweise sollte man meinen, dass das Konzept des "sozio-kulturellen Existenzminimums" einfach zu verstehen ist: Der Mensch braucht einen bestimmten Geldbetrag im Monat um menschenwürdig leben zu können. Dass dieser Betrag mit 345 Euro nicht gerade hoch bemessen ist, wenn man bedenkt, dass man hiervon auch noch ca. 60 Euro für Anschaffungen und Reparaturen zurücklegen soll, sollte eigentlich jedem klar sein. Dennoch mindern viele Arbeitsagenturen das Einkommen ihrer "Kunden" noch zusätzlich, indem sie beispielsweise sinnlose schriftliche Bewerbungen oder das Erscheinen zu Vorstellungsgesprächen anordnen ohne dafür die Kosten vollständig zu übernehmen. Wenn die Arbeitsbehörden das Grundgesetz ernst nehmen, müssten sie alles tun, um solche indirekten Kürzungen zu vermeiden. Stattdessen werden SachbearbeiterInnen, die sich hier besonders hervortun,

zum Teil noch mit Prämien belohnt. Mit diesem Artikel haben wir ein paar Informationen zu-

nicht vorgesehen. Diese müssen extra beantragt werden und können bis zu max. 260 Euro im Jahr erstattet werden. Meistens werden pro Bewerbung pauschal 5 Euro erstattet. Wenn dies der Fall ist, können dann von Euch also maximal 52 Bewerbungen pro Jahr verlangt werden. Es ist ganz wichtig, den Antrag zu stellen, bevor die Kosten entstehen. Meist wird ein spezielles Formular ausgegeben, wobei hier darauf zu achten ist, dass das Datum der Antragstellung auf dem Formular bestätigt wird. Denn so könnt Ihr später die Antragsstellung beweisen. Eine traurige Tatsache ist, dass es noch nicht einmal einen verbindlichen Rechtsanspruch auf die Erstattung gibt, aber das braucht Euch nicht sonderlich zu beunruhigen.



sammengestellt, die Euch helfen sollen, dieser schändlichen Verwaltungspraxis zu begegnen und den vollen Kostenersatz im Zusammenhang mit Bewerbungen durchzusetzen.

Erst beantragen - dann bewerben.

Da der Regelsatz aus dem Konsumverhalten von AltersrentnernInnen berechnet wurden, sind Bewerbungskosten im Regelsatz logischerweise

Bürokratie hasst Arbeit - wir hassen Bürokratie und Arbeit.

Die effektivste Methode Ansprüche durchzusetzen ist der Bürokratie im Falle der Ablehnung

soviel wie möglich Arbeit zu bereiten. Ihr müsst Euch klar machen, dass Ihr hier wirklich am längeren Hebel sitzt. Ihr habt ja nur Eure Anträge zu bearbeiten. Euer/Eure SachbearbeiterInnen dagegen sehr viele. Deshalb versuchen viele Behörden-MitarbeiterInnen die Kunden durch gezielte Falschinformationen von der Antragsstellung abzuhalten. Wenn es also heißt, es sei zwecklos den Antrag zu stellen, stellt Ihr den Antrag natürlich zur Freude Eures/r Sachbearbeiters/in trotzdem. Für Bewerbungen, die Euch mehr als 5 Euro gekostet haben, stellt Ihr jeweils eine gesonderte Rechnung auf. Bei den anderen beantragt Ihr die Pauschale. Telefon- und E-Mailbewerbungen nicht vergessen! Jetzt hat der/die SachbearbeiterIn die Wahl zwischen wenig Arbeit, d. h. vollständige Bewilligung, und viel Arbeit bei vollständiger oder teilweiser Ablehnung.

Im Falle einer Ablehnung muss diese nachvollziehbar begründet werden. Wenn Ihr von Hartz IV betroffen seid, könnt Ihr für die Kostenerstattung eine besondere Dringlichkeit geltend machen, weil die Kosten ja nicht im Regelsatz enthalten sind. Es dürfte wohl kaum eine nachvollziehbare Be-

gründung geben, mit der die Arbeitsagentur die Kostenerstattung verweigern darf. Deshalb legt Ihr im Fall der Ablehnung sofort Widerspruch ein. Um den Widerspruch zu begründen, müsst Ihr keine Juristen sein. Es reicht, wenn Ihr einfach Eure prekäre finanzielle Lage beschreibt und darlegt, dass Ihr dringend auf die Kostenerstattung angewiesen seid. Wird der Widerspruch abgewiesen, geht es vors Sozialgericht.

Sechs Richtige im Erstattungslootto

Die Kostenerstattung ist zwar immer ein wenig Glücksache, da wir nie wissen können, ob es die zuständige Arbeitsagentur nicht doch einmal schafft, einen Antrag ermessensfehlerfrei abzulehnen. Die Chancen dafür stehen jedoch nicht allzu gut, da es mit viel Arbeit verbunden ist und auch eine gewisse Kompetenz notwendig ist.

Besonders hartnäckigen AntragsstellerInnen ist es dagegen gelungen, sogar für Telefonbewerbungen in Form von Ortsgesprächen die volle Pauschale von 5 Euro durchzusetzen.

Mehr als nur die reinen Fahrtkosten.

Die Reiskosten zu Vorstellungsgesprächen muss in der Regel der/die ArbeitgeberIn bezahlen, wenn dieser es nicht im Voraus ablehnt. Hierbei ist es wichtig alle Kosten auf die Rechnung zu setzen also auch die Fahrkarten für den Nahverkehr. Auch an den steuerlichen Verpflegungsmehraufwand solltet Ihr denken, d.h. 6 Euro, wenn Ihr an einem Tag mehr als 8 Stunden unterwegs seid, 12 Euro für 14 stündige Abwesenheit und 24 Euro, wenn die Reise den ganzen Tag dauert. Der/die ArbeitgeberIn muss diese Pauschalen zwar nicht bezahlen, kann sie aber bezahlen, ohne dass diese versteuert werden müssen. Am größten dürften die Chancen sein, wenn Ihr die Rechnung mit Belegen und der Bitte nach Erstattung nach erfolgter Ablehnung direkt an die Buchhaltung schickt.

Bahnfahrkarte aus dem Drucker der Arbeitsagentur

Lehnt der/die ArbeitgeberIn die Erstattung im Voraus ab, kann die Arbeitsagentur die Kosten erstatten. Hierbei ist es wichtig, die Erstattung möglichst sofort, auf jeden Fall aber vor Fahrtantritt zu beantragen und darauf zu bestehen, dass



die Kosten in voller Höhe übernommen werden. Rechtlich verbindlich ist hier nur eine schriftliche Zusicherung.

Ohne eine solche Zusicherung wird die Erstattung wieder zur Glückssache, wobei ihr auch hier durch Beharrlichkeit die besten Chancen habt. Da Vorstellungsgespräche meistens kurzfristig anberaumt werden, ist es hier ausnahmsweise sinnvoll, persönlich in der Arbeitsagentur zu erscheinen. Meistens wird die Bahnfahrkarte direkt ausgedruckt. Die Rechnung mit den Kosten des Nahverkehrs bzw. fürs Taxi könnt ihr nachreichen. Am besten erstellt ihr dazu eine gesonderte Aufstellung und fügt die Belege bei, von denen ihr Euch vorher Kopien gemacht habt.

Zusatzbeitrag für die Reisekasse.

Bei mehrtägigen Fahrten könnt ihr auch Pauschalen für Verpflegungsmehraufwand ansetzen, und zwar abweichend von den steuerlichen Pauschalen jeweils acht Euro für jeden angebrochenen und 16 Euro für jeden ganzen Tag Abwesenheit. Wenn ihr also mit dem Nachtzug nach Flensburg fahrt und dazu um 22 Uhr zuhause weggeht und erst am übernächsten

Tag um 0:05 wieder zuhause ankommt, könnt ihr 32 Euro Verpflegungsmehraufwand geltend machen. Um in den Genuss der Pauschalen zu kommen, solltet ihr also darauf hinwirken, dass die Reise vor Mitternacht beginnt bzw. nach Mitternacht endet. Hierzu sollten ihr den/die SachbearbeiterIn, der/die Euch die Fahrkarte ausdruckt, darauf hinweisen, dass ihr möglichst früh losfahren müsst, da ja der Zug auch 2 Stunden Verspätung haben könnte und die Rückfahrt möglichst spät legt, da ihr nicht wissen könnt, wie lange das Gespräch dauert. Wenn der/die ArbeitgeberIn weit genug weg ist, könnt ihr also bis zu 32 Euro zusätzlich bekommen. Damit lässt sich dann auch die Absage leichter verkraften. Wenn die Erstattung der Nebenkosten bzw. des Verpflegungsmehraufwandes abgelehnt wird, könnt ihr auch hiergegen Widerspruch einlegen. Wenn ihr eine schriftliche Zusicherung für die volle Kostenübernahme habt, muss die Arbeitsagentur Euch alle Fahrtkosten plus Verpflegungsmehraufwand erstatten. Ansonsten habt ihr zwar keinen unmittelbaren Rechtsanspruch, aber wie bei den Bewerbungskosten muss eine Ablehnung

nachvollziehbar begründet sein. Auch hier habt ihr mit Hartnäckigkeit die besten Chancen.

Vertrauen ist gut - vorsorgliche Antragsstellung ist besser.

Auch für den Fall, dass der/die ArbeitgeberIn verpflichtet ist, die Kosten zu übernehmen empfiehlt es sich meistens trotzdem vor Fahrtantritt bei der Arbeitsagentur die Kostenübernahme zu beantragen. Ihr könnt Euch nämlich keinesfalls darauf verlassen, dass der/die AusbeuterIn auch wirklich bezahlt, nur weil ihr einen Rechtsanspruch habt. Wenn das der Fall sein sollte, könnt ihr die Kostenübernahme von der Arbeitsagentur einfordern, wenn ihr den Erstattungsanspruch auf sie überleitet. Die Arbeitsagentur kann dann den/die ArbeitgeberIn verklagen. Ein weiteres Vorteil der vorsorglichen Antragsstellung ist die Chance bei mehrtägigen Fahrten den Verpflegungsmehraufwand in Höhe von 8 bzw. 16 Euro für jeden angebrochenen bzw. ganzen Tag zu bekommen, wenn der Arbeitgeber zwar die Fahrtkosten übernimmt, aber selbst keinen Verpflegungsmehraufwand zahlt.

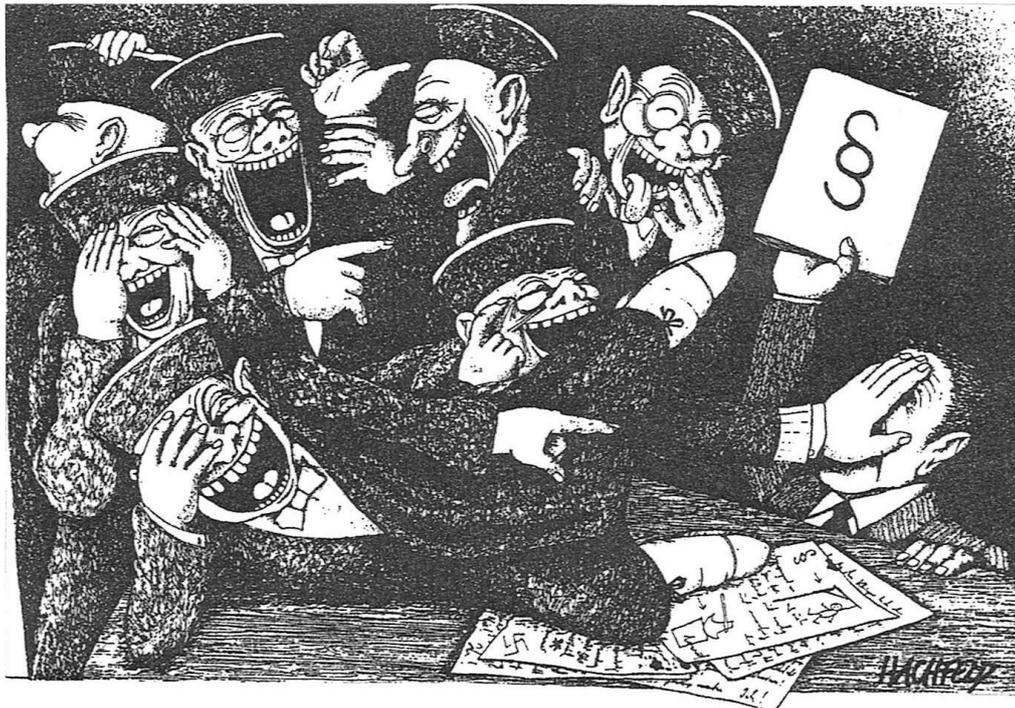
Jo. (Bildungssyndikat)

PROJEKT: SCHNAUZE VOLL!

Das haben viele Menschen, wenn sie auf einmal zum Beispiel mit

bracht. Deswegen hat die FAU - Lokalföderation München - im April das

schreiben mit den Betroffenen zusammen auch schon mal einen "freundlichen"



Brief an den/die Chefn, beispielsweise wenn's Probleme mit der Zahlungsmoral beim Lohn gibt. Hier könnt ihr euch aber auch - bei einer Gewerkschaft, die noch zuhört - einfach nur den Frust von der Seele reden. Alle Hilfesuchenden, egal ob Unterdrückte, Ausgebeutete oder von Ämtern gegängelte, sind uns dabei willkommen. Jeden 2. und 4. Mittwoch von 16 bis 18 Uhr können Betrof-

dem Arbeitsamt konfrontiert sind. Aber an wen wenden, wenn manchmal wieder ein Schreiben vom Amt bekommt oder der Chef nicht pünktlich zahlt? Die üblichen Stellen, die Hilfe in solchen Fällen anbieten, haben oft lange Wartezeiten oder andere bürokratische Hemmschwellen und für eine/n Anwältin fehlt meist die Kohle. Da wäre doch was Unkompliziertes und für die meisten Menschen auch Finanzierbares echt ange-

„Schnauze voll Projekt“ gestartet. Hier erhalten Menschen, die Probleme mit den Ämtern oder dem Chef haben problemlos Hilfe, Rat oder auch nur ein offenes Ohr. Wir helfen beim Formulieren von Briefen, Telefonaten oder gehen gleich mit auf's Amt. Wir geben oder vermitteln Rechtshilfe,

fene in der Weltwirtschaft des Eine Welt Hauses (Schwanthaler Strasse 80) Hilfe finden. Fragt einfach nach Alexa!

RUFFINI

Cafe - Konditorei - Weinhaus



Dienstag bis Sonntag 10 bis 24 Uhr
Orffstr. 22-24, U1 Rotkreuzplatz
Tel.: 089/161160
www.ruffini.de



WERKSVERTRAG, ODER: DER LEGALE TRANSNATIONALE SKLAVENHANDEL

Zugegeben, schlimmer als der legale transnationale Sklavenhandel ist immer noch der moderne illegale transnationale Sklavenhandel (Schwarzarbeit von illegal eingereisten Menschen). Dies besonders am Bau: Angst vor Kontrolleuren und Abschiebungen, niedrigste Löhne (mit all den sozialen Folgen des aufgezwungenen Lohndumpings) und nicht zuletzt die hundsmiserablen Wohnbedingungen (in meiner Zeit als Studentlein erzählten mir meine Wohnheimmitbewohner von den 12 Polen, die vor mir im 3-Schichtbetrieb in meiner 9 m² Bude gehaust hatten). Doch auch der legale transnationale Sklavenhandel ist, in seiner Menschenverachtung nicht von der Hand zu weisen.

Wenn ein ungarischer „Werkvertragnehmer“ (also der Lohnsklavenhalter dessen SklavInnen in dem „produzierenden

für eine Tätigkeit in Rechnung stellt, für die das „produzierende Werk“ seinen Kunden gegenüber 53 €/Stunde veranschlagt, nimmt es nicht wunder, dass bei den transnationalen LohnsklavInnen gerade einmal so 5 €/Stunde ankommen. Und dies auch nur durch Arbeitshetze und Stückzahlschuferei! Für die transnationalen LohnsklavInnen verschärft sich die Situation, wenn die Auftragslage des „Vertragspartners“ ihrer SklavenhalterIn



Werk“ malochen) seinem deutschen „Vertragspartner“ (also dem produzierenden Werk) einen Stückpreis, der auf die „Mannstunde“ umgerechnet einen Stundenlohn von 18 €/Stunde (darin sind dann enthalten: Lohn, ungarische Sozial-

nach Wochenendschichten verlangt. Wie also die Familie in Ungarn wieder sehen? Ah, „freiwillige“ Ausdehnung der Schichtarbeit auf 14 bis 15 Stunden am Tag – kein Problem!

Handelt es sich hierbei nur um eine Randerscheinung?

Wir leben im Kapitalismus mit seinem ständigen Zwang zur Gewinnmaximierung, so dass sich diese Produktionsweise (die oben vorgestellten Zahlen spre-

abgaben, Krankheit, Urlaub, Unterkunft und Gewinn des Sklavenhändlers)

Maxim, das Kino mit Biss

maxim kino

Landshuter Allee 33
80637 München
Telefon 168721

S-Bahn – Donnersberger Brücke, U1 – Rotkreuzplatz, Bus 53, 133 – Schlörstrasse

chen deutlich für die „Effizienz“ des Werksvertrags) in nächster



Zukunft sicherlich durchsetzen wird. Doch auch bereits heute arbeitet ein Werk in Bayern, von der Öffentlichkeit unbemerkt, in der Produktion mit etwa 50% transnationalen LohnsklavInnen. Nur mit Hilfe eben dieses modernen Sklavenhandels und all den durchgeführten Werksneugründungen und den dazugehörigen Verlagerungen ins Ausland, war dieser Produzent in der Lage der angestrebten Marktführerschaft zum Trotz, einen Teil der Produktion in unserer deutschen Nazi-on zu belassen (Standortlogik als bewährtes Mittel um die Einigkeit der ArbeiterInnenklasse zu verhindern).

Die Gewerkschaften in

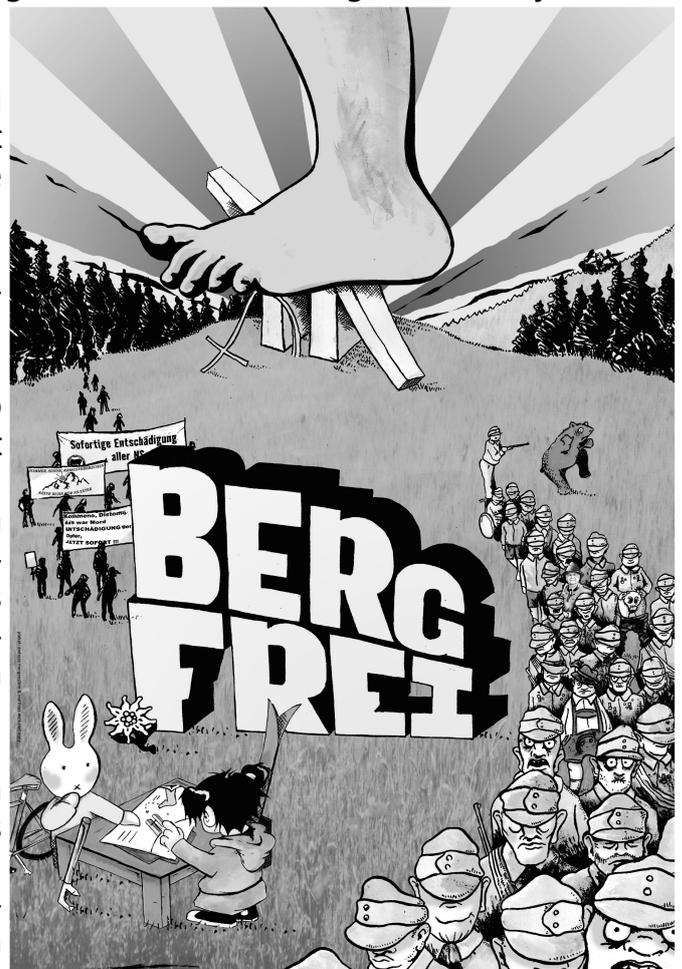
den Industrienationen befinden sich heute wieder in einer ähnlichen Situation, wie zu Beginn der großen Arbeitsmigrationswellen: Der Teil der ArbeiterInnenklasse, der gezwungen ist zu unerhörten Niedriglöhnen

schuft zu müssen ist für die traditionellen, nationalistisch verfassten Gewerkschaften so gut wie nicht organisierbar (selbst wenn sie das wollten). Wenn es uns als Mitglieder von Gewerkschaften nicht endlich gelingt, das abzuwerfen was der Soziologe Ulrich Beck als den „Nationalen Blick“ bezeichnet, wird das Kapi-

tal eine unserer ureigensten Forderungen „GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT!“ sehr bald zu unseren Ungunsten verwirklichen.

Deswegen:
Weg von der nationalistischen Standortlogik!
Hinein in revolutionäre Gewerkschaften!
Alle Macht den basisdemokratischen Betriebsgruppen!
Alle Macht den Räten!

Isy
(Allgemeines Syndikat)



Nie wieder Faschismus
Nie wieder Horrido!
Heraus nach Mittenwald gegen das Treffen der Gebirgsjäger
26./27.5.07 - nadir.org/mittenwald



WIR FORDERN NICHT 8, SONDERN 0 JAHRE

Das 21. Jahrhundert steht im Zeichen eines vom Neoliberalismus ausgegerufenen „Standortkampfes“ der verschiedenen Teile der Erde gegeneinander. Dazu zählt nicht nur der Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und die

größten Ausbeutungsmöglichkeiten, sondern auch die Bildung von Wissenseliten in den jeweiligen Staaten. Nach dem bekannten, nicht gerade umwerfend guten Abschneiden der Bundesrepublik in der sog. PISA-Studie kam es zu

einer Reihe von Eingriffen in das Schul- und Hochschulsystem. Anstelle einer gleichen Chance auf „Bildung“ und einer freien Entfaltung der Persönlichkeit tritt ein harter Kampf um das Bestehen des Gymnasiums. Obwohl Bayern eh schon das Bundesland mit der niedrigsten Abiturquote ist, soll diese durch die Einführung einer Strafbung der Schulzeit (statt 9 nur noch 8 Jahre für einen vergleichbaren Stoff) noch weiter herabgesenkt werde. Dies wird von der Schaffung von Elite-Unis begleitet.(1)

Das Bildungssyndikat

steht allen Menschen offen, die SchülerInnen, Studierende, Auszubildende oder LehrerInnen sind oder in irgendeinem sonstigen Ausbildungsverhältnis stehen, sowie Menschen die an einer Ausbildungsstätte arbeiten, wie z.B. HausmeisterInnen, Reinigungspersonal etc., wie auch allen anderen Leuten, die Interesse an Gewerkschaftsarbeit im Bildungsbereich haben.

Unser Gewerkschaftsverständnis: Wir organisieren uns in der Basisgewerkschaft FAU um im Bildungsbereich revolutionäre Gewerkschaftsarbeit zu betreiben. Wir klammern allgemeinpolitische Themen bei uns nicht aus, da wir sehen, dass alle Kämpfe verschiedener Themenbereiche in einer Wechselbeziehung zueinander stehen. Wir verstehen uns als Selbstorganisation im

Kampf gegen das herrschende (Bildungs-)System und lehnen daher StellvertreterInnenpolitik ab, was heisst, dass wir unsere Interessen direkt und ohne vermittelnde Instanzen durchsetzen werden.

Unser Ziel ist die herrschaftsfreie Gesellschaft in der die Menschen nicht durch Klassen- oder Staatsgrenzen getrennt werden. Zu ihrer Verwirklichung arbeiten wir aktiv an der Abschaffung aller Privilegien, ultimative Enteignung aller Eliten und der Verwirklichung sofortiger sozialer Verbesserungen.

Wir treffen uns jeden 1.+3. Sonntag im Monat ab 15.00 Uhr im Kafe Marat (Thal kirchnerstr.104/ Aufgang II) oder jeden Mittwoch nach der Schule ab 13.30 Uhr in gemütlicher Runde in der Weltwirtschaft (Schwanthalerstr. 80)

Arbeiten für Siegfried Schneider

Was bedeutet das nun aber für die SchülerInnen, die ab 2004 im achtjährigen Gymnasium arbeiten müssen? „Arbeiten“ zu sagen ist wohl angebracht, da sie bereits in der Unterstufe Nachmittagsunterricht haben. Nicht mitgerechnet sind das häusliche Lernen und in vielen Fällen die Nachhilfe. Kinder haben also keine „ruhige Schulzeit“, sondern einen Full-Time-Job. Das Be-

stehen des Gymnasiums und damit das Recht auf weitergehende formale Bildung wird so noch mehr als schon bisher zum Privileg der Anpassungs- und Leistungswilligen und der Reichen.

Was passiert mit dem Rest?

Die Einführung des G8 birgt aber noch weitere Probleme. Um doppelte Abiturjahrgänge zu vermeiden, die Arbeits- und Studiumsmarkt überschwemmen würden, ist schon im Gespräch, den letzten Jahrgang des neunjährigen Gymnasiums durch eine Sparausbildung bereits zum Halbjahr Abitur machen zu lassen. Noch schlimmeres steht ihnen aber bereits früher bevor: Was passiert mit denen, die ausgesiebt werden und durchfallen? Es existiert ja keine nachrückende Klasse ihres Schultyps.

Schule des Kapitalismus

Die gegenwärtigen Entwicklungen sind aber nur die Spitze des Eisbergs. Niemand darf die Illusion vieler GegnerInnen des G8 haben, dass das alte Schulsystem das bessere ist. Die Schule war schon immer ein Ort der Auswahl nach Leistungswilligen und Anpassungsfähigkeit und

dem Gehaltsscheck der Eltern. Die Schule im Kapitalismus kann auch nie das Ziel haben, allen eine maximale Bildung zu vermitteln. Sie soll nur steuern, dass für den Arbeitsmarkt die richtigen Leute produziert werden. Und da nicht jedeR AkademikerIn sein soll, gibt es die Hauptschule. Das G8 reiht sich aber in eine Reihe von Verschärfungen des Bildungsalltags ein - Büchergeld, Studiengebühren, Schülerdatei(2).

Den Widerstand in die Schulen tragen

Von daher liegt es nun an uns, nicht den Kopf in den Sand zu stecken, sondern gemeinsam für eine andere, menschliche Version der Bildung zu kämpfen. Erst eine Abschaffung von Schulpflicht und Notendruck sowie ein gleichberechtigtes LehrerIn-Schüler-Verhältnis kann das Lernen zu einer Sache machen, die das Leben der Menschheit bereichern kann. Wir fordern nicht 8, sondern 0 Jahre Gymnasium.

1) Das Wort „Elite“ täuscht aber über die Wirklichkeit hinweg: Wie der Pädagogik-Wissenschaftler Freerk Huiskens erkannt hat, sind bereits

die jetzigen Unis Elite, da nur ein kleiner Teil der Bevölkerung Zugang zu ihnen hat.

2) In der Schülerdatei sollen eine Reihe persönlicher Daten von SchülerInnen zentral erfasst werden. So können z.B. Strafmaßnahmen wie Verweise oder die Herkunft der Eltern von allen Schulen eingesehen werden. Besonders illegalisierte SchülerInnen stehen so vor dem Problem, wie sie überhaupt zu einem Schulabschluss kommen können.

Phugs (Bildungssyndikat)

Versuchung der Elite

Dieses Jahr machen die ersten SchülerInnen des G8-Schulversuchs ihr Abitur. Obwohl sie eine Art der Elite darstellen, da nur Kinder mit guten Noten oder strebsamen Eltern den Versuch eingingen, ist das Ergebnis ernüchternd, wie das Beispiel der Modellklasse am Gymnasium Neubiberg zeigt. Von einer etwa 30-köpfigen Klasse waren zu Beginn der Kollegstufe nur noch die Hälfte übrig, diese haben gegenüber dem restlichen Jahrgang eine Außenseiterposition und bereuen ihre Wahl. Doch die CSU in ihrem Lauf halten weder Ochs' noch Esel auf...



DIE SCHWARZEN SCHAREN MILITANTE ANARCHISTINNEN GEGEN DIE NAZIS

Zum Ende der 1920er Jahre spitzten sich die Klassenauseinandersetzungen in der Weimarer Republik rasant zu. Die Weltwirtschaftskrise und die labilen politischen Verhältnisse – mit ständig wechselnden Regierungen – erzeugten in Deutschland

eine äußerst instabile Situation. Zusätzlich gab die Führung der aufstrebenden Nazibewegung an alle ihre

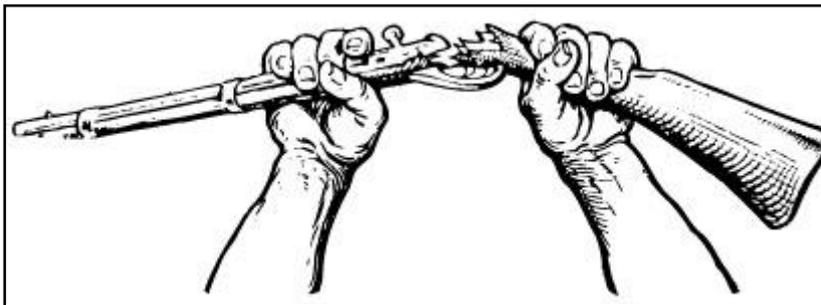
Parteilgliederungen die Anweisung, nicht mehr gegen staatliche Einrichtungen vorzugehen, um einem Verbot der NSDAP bzw. ihren paramilitärischen Verbänden der SA vorzubeugen. Die neue Strategie zielte stattdessen auf den Straßenkampf gegen die linken proletarischen Organisationen und Stadtviertel. Damit wollten die Nazis den stärksten politischen Gegner langsam zurückdrängen und sich gleichzeitig dem Kapital als zuverlässiger gegenrevolutionärer Faktor anbieten.

Die ArbeiterInnenorganisa-

tionen mussten nun notgedrungen große Energien für den

proletarischen Selbstschutz

verwenden. Zu Beginn der 1930er Jahre intensivierte die SA den Straßenterror nochmal, doch



die großen militanten Verbände der proletarischen Linken – das sozialdemokratische Reichsbanner bzw. der kommunistische Rote Frontkämpferbund (RFB) – stellten sich den völkischen SchlägerInnen entgegen. Nun kam es in den gewaltsamen Auseinandersetzungen täglich zu zwei bis sechs Todesopfer und einigen hundert Verwundeten. An dem militanten antifaschistischen Kampf beteiligten sich inzwischen auch Formationen der AnarchosyndikalistInnen. Die mit Abstand größte anarchistisch-libertäre Organisation in der

Weimarer Republik war die anarchosyndikalistische Gewerkschaft FAUD mit ihrem Jugendverband, der „Syndikalistisch-Anarchistischen Jugend Deutschlands“ (SAJD). Die JungproletarierInnen in den SAJD-Gruppen entwickelten Ende der 1920er Jahre

neue Kampf- und Agitationsformen. Sie setzten lange eingeübte Sprechchöre auf Veranstaltungen und Demonstra-

tionen ein, in denen meist zum Kampf

gegen Faschismus und Krieg

aufgerufen wurde. Es entstanden Theatergruppen, die auf sogenannten Kampfbühnen revolutionäre Stücke und Sketche aufführten. Nun begann eine neue, militante Phase der jungen AnarchistInnen und AnarchosyndikalistInnen. In der SAJD-Zeitung „Junge Anarchisten“ fielen immer häufiger Worte wie Kampf, Kampffront, Kampflieder etc. und die Gefahr des her-

aufziehenden Nazi-Faschismus mobilisierte die libertären JungproletarierInnen enorm.

Waren die bisherigen anarchistischen Jugendgruppen nach dem 1. Weltkrieg durchweg pazifistisch eingestellt, so begannen jetzt einige SAJD-Gruppen sich Waffen zu besorgen. Dabei kam es auch vor, dass befreundete RotfrontkämpferInnen sie im Gebrauch der Waffen unterwiesen. Auf der Reichsjugendtagung der SAJD 1929 in Kassel wurde bereits von einigen Ortsgruppen die Gründung von sogenannten Schwarzen Scharen gefordert und für den Selbstschutz der arbeitenden Jugend geworben. Die meisten Ortsgruppen der SAJD lehnten diese Überlegungen jedoch als zu militaristisch ab. Trotzdem entstand noch im selben Jahr eine erste

Schwarze Schar in Rati-



Mitglieder der FAUD Ratibor beim Begräbnis eines Genossen anfang der 30er Jahre. Unter ihnen sind einige Mitglieder der 'Schwarzen Scharen' (rechts im Bild: erkennbar an Baskenmütze, Schlips und Koppel)

bor (Oberschlesien),

mit etwa 40 Aktiven, darunter auch etliche Nichtmitglieder der FAUD/SAJD. Im Laufe des Jahres 1930 bildeten sich in fünf weiteren ober-schlesischen Städten Schwarze Scharen.

Diese ersten anarchistischen Selbstschutzverbände gaben sich ein einheitliches äußeres Aussehen. Sie trugen schwarze Blusen, schwarze Hosen, schwarze Baskenmützen, Koppel und Schulterriemen. Als Symbol an ihren Koppelschlössern und Mützen wählten die militanten AntifaschistInnen das alte antimilitaristische Zeichen eines zerbrochenen Gewehres. Die Schwarzen Scharen betrieben neben dem antifaschistischen Selbstschutz auch aktive Propaganda-Arbeit für den freiheitlichen Sozialismus. Mit Umzügen und öffentlichen

Versammlungen gingen sie oft auf das flache Land, um dort der faschistischen Mobilisierung entgegenzutreten.

Parallel zu den Entwicklungen in den anderen proletarischen Selbstschutzverbänden, setzten nun auch

die AktivistInnen der Schwarzen Scharen in den Konfrontationen mit SA und völkischen Stahlhelm Schusswaffen ein.

In Berlin trat im Juni 1930 zum erstenmal eine Schwarze Schar mit der Unterbezeichnung „antifaschistische Vereinigung revolutionärer Arbeiter“ in Erscheinung. Sie formulierte den Anspruch, die Stagnation der Älteren in der FAUD zu überwinden und eine

politische Kampforganisation

als Ergänzung (nicht als Ersatz!) zur FAUD zu bilden. Die Berliner Schwarze Schar sprach damit einen weiteren Aspekt dieser libertären Selbstschutzgruppen an. In der SAJD waren viele überzeugte AnarchosyndikalistInnen nachgewachsen, die bei vielen älteren FAUD-Mitgliedern den revolutionären Elan vermissten. Sie standen zwar uneingeschränkt zu ihrer revolutionären Gewerkschaft, sahen aber darüber hinaus die Notwendigkeit, in den turbulenten Zeiten zum Ende der Weimarer Republik ein viel offensiveres Vorgehen zu entwickeln. Viele Aktive der Schwarzen Scharen verstanden sich deshalb als die TrägerInnen einer Erneuerung des Anarcho-



syndikalismus in Deutschland.

Schon bald existierten in Berlin zwei Schwarze Scharen, jeweils eine für den Norden und Süden der Hauptstadt. Sie verwendeten als Abzeichen neben dem zerbrochenen Gewehr ebenso den roten Sowjetstern mit Hammer und Sichel auf schwarzem Untergrund, das schon die SAJD seit längerem benutzte. Auch in anderen Städten, etwa in Kassel, Suhl, Erfurt, Darmstadt und Wuppertal, bildeten sich Schwarze Scharen. Die Schwarze Schar in Kassel brachte von 1930 bis 1933/34 eine eigene Zeitung, „Die proletarische Front“, heraus. Sie wurde vor allem unter Erwerbslosen und auf Veranstaltungen der

Antifaschistischen Aktion

verteilt und erschien noch nach 1933 illegal in unregelmäßigen Abständen. Die sehr aktive Schwarze Schar in Wuppertal trat auf Demonstrationen mit einer schwarzen Fahne

und der Aufschrift „Tod dem Faschismus“ auf. Bewaffnet mit Revolvern und einem Karabiner, war sie ein sehr aktiver Teil des proletarischen Selbstschutzes in den ArbeiterInnenvierteln der Stadt. Hierbei bewährte sich die Zusammenarbeit der militanten AnarchosyndikalistenInnen mit dem Reichsbanner und dem RFB in mehreren gemeinsamen Aktionen gegen Naziüberfälle.

Einige Schwarze Scharen formulierten in Flugblättern noch weitergehende Überlegungen zum antifaschistischen Kampf. Sie riefen dazu auf, sich auf einen bewaffneten Aufstand für den Fall einer faschistischen Machtübernahme vorzubereiten. Am 27. Mai 1932 hob die Polizei ein Sprengstoff- und Waffenlager in Beuthen (Oberschlesien) aus. Der Arbeiter und Mitglied der örtlichen Schwarzen Schar Georg Bierowski wurde zusammen mit zwei weiteren Genossen verhaftet und zu jeweils zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Drei anderen Genossen

gelang in diesem Zusammenhang die Flucht nach Spanien, wo sie sich ein paar Jahre später in die anarchistischen Milizen einreichten.

Bei der Machtübertragung durch die bürgerlichen Eliten an die Nazis im Januar 1933 waren die Schwarzen Scharen nicht mehr aktiv. Besonders gefährdete Mitglieder dieser anarchosyndikalistischen Selbstschutzgruppen gingen ins Exil. Viele von ihnen bewusst nach Spanien, um am Kampf der weltweit stärksten anarchistischen Bewegung teilzunehmen. Bei Ausbruch des spanischen Bürgerkriegs 1936 brachten die ehemaligen Mitglieder der Schwarzen Scharen ihre militanten antifaschistischen Erfahrungen in die anarchistischen Milizen, die gegen die Franco-PutschistInnen und für die soziale Revolution kämpften, ein. Andere beteiligten sich am illegalen Widerstand in Nazideutschland.

Roman
(Allgemeines Syndikat)

WERKSTATTKINO
Fraunhoferstr. 9 80469 München Tel/Fax 089/2607250

zum Hauptfilm
1
2 3

BASIS
Buchhandlung
Antiquariat

Adalbertstr. 41b - 43
80779 München
www.basis-buch.de

Psychologie
Theologie
Film
Literatur
Architektur
Kunst
Politik
Philosophie



VON DER SUBKULTUR ZUR ANTIKULTUR

Gegen Mitte der 1970er Jahre ist in England die subkulturelle Punkbewegung entstanden. Sie war eine Reaktion vieler Jugendlicher auf die Kommerzialisierung und Erstarrung in der Rockmusik. Die ersten Punks betrachteten das bürgerliche Leben als monoton und banal und lehnten auch die verlogenen Ideologien der Hippie-Generation ab. Durch ein abschreckendes äußeres Erscheinungsbild, exzessiven Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit und lauter Musik versuchten sie sich von der restlichen Gesellschaft abzugrenzen. Die Texte ihrer Musik plädierten entweder für die sofortige Abschaffung aller Regierungsapparate und Staaten, welche den Menschen die Freiheit rauben würden, oder vermittelten eine allgemein aussichtslose „No Future“-Stimmung, in der es keine Hoffnung auf Veränderung gäbe. Rasch breitete sich diese neue Bewegung weltweit aus. Doch schon bald kam es in der Punkbewegung zu den selben Tendenzen, die die erste Generation der rebellierenden Jugendlichen 1975/76 noch so vehement abgelehnt hatte. Uniformität, endlose Wiederholungen und eine Szene, in der ein nur oberflächlicher Protest und ein exklusiver Modetrend

kultiviert wurden. Dieser Entwicklung stemmten sich einige Bands der sogenannten zweiten Welle entgegen. Die britische Anarcho-Band „Crass“ (1977-1984) galt dabei als eine Vorreiterin. Sie widmete sich Themen wie Veganismus, Anarchismus, Faschismus, Religion, Krieg und Klassenkampf und engagierte sich im einjährigen britischen BergarbeiterInnenstreik von 1984. Die Bandmitglieder lebten in einer selbstverwalteten Kommune und verweigerten sich konsequent der kapitalistischen Musikindustrie. Damit trug Crass wie sonst keine andere Band zur Politisierung des Punk bei. Schon sehr bald schlossen sich weitere Bands, etwa die "Subhumans" oder "Conflict", diesem Engagement an. Anknüpfungspunkte bot der sogenannte Do-It-Yourself (DIY)-Gedanke. Das Prinzip des DIY war von der ersten Stunde an das wirklich neue an der Punkbewegung. Es bedeutete, dass jede/r selbst aktiv werden kann, egal ob er/sie eine Band gründet, Konzerte organisiert oder einfach beginnt ein Fanzine zu machen. Etwas verändern zu wollen - auch gesellschaftlich - wurde in Teilen der Punkbewegung wieder der gemeinsame Kerngedanke. Einen weiteren Impuls in diese Rich-

tung erhielt der Punk in den 80er Jahren durch eine neue Bewegung aus den USA. Dort wurde die Punkmusik durch Bands wie "Bad Brains", "Black Flag" und "Dead Kennedys" zum sogenannten Hardcore erweitert. Die Hardcorebewegung richtete sich inhaltlich gegen die reaktionäre und rassistische Politik in den USA und verbreitete sich schnell in andere Länder. Obwohl in den 1990er Jahren die Punkmusik teilweise vom Mainstream (Musikindustrie, Radios, MTV) vereinnahmt wurde, existiert die DIY-Kultur weiterhin. Heutzutage existieren weltweit viele unkommerzielle Freiräume, in denen sich junge Leute abseits von Konsumzwang und gesellschaftlichen Normen austauschen und selbst aktiv werden können. Die Punkbewegung erlebt gerade in den zusammengebrochenen staatskapitalistischen Ländern des ehemaligen Ostblocks einen erstaunlichen Zulauf. Kein Wunder, drängt sich doch die Nähe des DIY-Gedankens zu libertären Vorstellungen über die Selbstorganisation und -verwaltung geradezu auf. Einige Ideen dieser Antikultur können also durchaus zu revolutionären Perspektiven beitragen.

pEtAr (Nürnberg)

Was will die FAU-IAA?

Wir AnarchosyndikalistInnen haben die herrschaftsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft als Ziel. Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarchosyndikalismus. Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen. Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und

Ortsgruppen. Diese sind bundesweit in der FAU-Freie ArbeiterInnen Union und international in der IAA-Internationale ArbeiterInnen Assoziation zusammengeschlossen. Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen. Da die Macht und die Stärke des Kapitalistischen Systems in der

privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der täglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf. Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen. ALLE MENSCHEN, DIE IN DIESEM SINNE MIT UNS ZUSAMMENARBEITEN WOLLEN, SIND UNS WILLKOMMEN, und zwar jeden Mittwoch ab 19.00 Uhr in der Schwanthalerstr. 139 Rückgebäude

www.faum.de



www.fau.org

Impressum

Herausgegeben von dem Allgemeinen Syndikat (ASY), Bildungssyndikat (BSY) und dem Syndikat für Gesundheits- und medizinische Berufe/Sanita (GSY) in der FAU-IAA - Lokalföderation München

V.i.S.d.P.: C. Luppatsch/ Schwanthalerstr. 139 (Rgb.)/80339 München/E.i.S

Auflage: 1500 Stück

Die Erstellung der Zeitung erfolgte mit kostenlosen Open-Source-Programmen so wie Scribus (Layout), OpenOffice (Textverarbeitung) und Gimp (Grafik). Sämtliche Texte sind frei nutz- und vervielfältigbar. Über einen Beleg würden wir uns freuen.

Kontakt

Freie ArbeiterInnen Union - Lokalföderation München
Schwanthaler Strasse 139 (Rückgebäude)

80339 München

Allgemeines Syndikat: kontakt@faum.de

Bildungssyndikat: bildungssyndikat@faum.de

Gesundheitssyndikat: faudah@fau.org

Für ein kostenloses Probeexemplar der bundesweiten Zeitung "Direkte Aktion" schreibt einfach uns an oder schickt eine mail an da-abo@fau.org.

